



**Michael Frieser**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **PRESSEMITTEILUNG**

**Frieser zu Start von Street View: Google muss umgehend und fehlerlos Widersprüche umsetzen – Umfrage belegt berechtigte Skepsis der Bürger  
Musterwiderspruch auf [www.michael-frieser.de](http://www.michael-frieser.de)**

Nürnberg, 19.11.10

### **Michael Frieser, MdB**

Jakobstr. 46  
90402 Nürnberg  
Telefon: +49 911-24154432  
Fax: +49 911-2369051  
[michael.frieser@wk.bundestag.de](mailto:michael.frieser@wk.bundestag.de)

### **Berliner Büro:**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Jakob-Kaiser-Haus  
Raum: 3.108  
Telefon: +49 30 227-71931  
Fax: +49 30 227-76931  
[michael.frieser@bundestag.de](mailto:michael.frieser@bundestag.de)

**Der Nürnberger CSU-Bundestagsabgeordnete Michael Frieser fordert den Datenkonzern Google auf, anlässlich des Starts von „Google Street View“ in Nürnberg und 19 anderen deutschen Großstädten die eingegangenen Widersprüche von Hauseigentümern und Mietern umgehend und fehlerlos umzusetzen. Eine von dem CSU-Innenpolitiker dazu selbst initiierte Umfrage belegt die deutliche Skepsis der Nürnberger gegenüber dem neuen Datendienst.**

„Gerade weil nun eine detailliert photographische Straßensicht – und nicht nur die grobe Luftaufnahme – eines Wohnhauses von jedermann jederzeit via Internet zum eigenen Vorteil angesehen, benutzt oder bearbeitet werden kann, muss Google im Gegenzug peinlich genau die eingegangenen Widersprüche ebenso zügig umsetzen wie diejenigen, die noch eingehen werden.“ Diese Zahl werde nach dem Start des Dienstes weiter zunehmen, ist sich **Frieser** sicher. So ist schon einen Tag nach der Freischaltung von Google Street View **Michael Frieser** von Bürgern um Hilfe gebeten worden, deren Gesichter unverpixelt zu sehen sind.

Die wachsende Skepsis vieler Menschen sieht MdB **Michael Frieser** auch durch eine selbst auf den Weg gebrachte, nicht-repräsentative Flugblatt-Umfrage bestätigt. Von knapp 5.000 angesprochenen Nürnberger Bürgern hätten gut 500 die Umfrage zurückgeschickt und dabei zu über 70 Prozent angegeben, sie hielten Google Street View für bedenklich und wünschten sich eine Einschränkung durch den Gesetzgeber. „Wir werden deshalb Google weiter gut auf die Finger schauen“, so **Frieser**.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete weist deshalb darauf hin, dass auch nach Ablauf der Frist am 15. Oktober Bürger weiter Widerspruch gegen die Aufnahme ihres Hauses oder Grundstückes bei Google Street View einlegen können.

„Widersprüche, die zu einem späteren Zeitpunkt eingelegt werden, führen dazu, dass Gebäude, die bereits veröffentlicht wurden, im Nachhinein innerhalb von zwei Monaten unkenntlich gemacht werden. Wer also bislang nicht widersprochen hat, kann auch danach noch wirksam gegen die Veröffentlichung vorgehen“, so der CSU-Innenexperte, auf dessen Homepage [www.michael-frieser.de](http://www.michael-frieser.de) das entsprechende Widerspruchsformular zum Abruf bereit.